

Gespräch mit Efraim Zuroff, dem Direktor des Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrums

Kommunistische Verbrechen waren keine Genozide

Efraim Zuroff, der Direktor des Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrums, hat auf seiner Reise durch Europa auch in Budapest Halt gemacht und am hiesigen Israelischen Kulturinstitut über die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Simon-Wiesenthal-Zentren gesprochen. Konkreter Anlass für seinen Besuch war der Prozess gegen den 1914 geborenen Offizier der ungarischen Gendarmerie, Sándor Képró, der während des Zweiten Weltkriegs am Massaker in Novi-Sad beteiligt war und als Nummer 3 auf der vom Simon-Wiesenthal-Zentrum herausgegebenen Liste der NS-Verbrecher steht.

◆ Herr Dr. Zuroff, ist der Prozess gegen den mutmaßlichen NS-Verbrecher Sándor Képró der letzte hier in Mitteleuropa?

Wahrscheinlich ja. Die noch lebenden NS-Täter werden immer weniger. Aber selbst wenn wir noch andere ausmachen können, wird es wohl bei den wenigsten zu einem Prozess oder gar einer Verurteilung kommen. Wie zum Beispiel in Litauen, das mehr als alle anderen osteuropäischen Länder Nazi-Kriegsverbrecher aufzuweisen hat. Nicht ein einziger davon wurde jemals bestraft. Es wurden gerade mal drei vor Gericht gestellt und obwohl zwei davon verurteilt wurden, blieb die Verurteilung ohne Konsequenzen. Grundsätzlich kann man sagen: Osteuropa tut sich sehr schwer damit, seine Nazi-Kollaborateure vor Gericht zu stellen.

◆ Warum ist es denn wichtig, diese sehr alten Täter heute überhaupt noch vor Gericht zu stellen? Grundsätzlich geht es darum, dass kein Verbrechen ungeahndet bleiben darf. Bei Kriegsverbrechern oder Massenmördern mit politischen und rassistischen Motiven ist es jedoch eine weit verbreitete Praxis, dass sie kaum ein Land bis heute konsequent verfolgt. Warum? Sie haben

zwar gemordet, aber sie taten dies unter einem bestimmten politischen Vorzeichen. Darum geht die Gesellschaft davon aus, dass sie es danach nie wieder tun werden, im Gegensatz zu sonstigen Amokläufern oder Serienkillern. Darum werden sie letztlich nicht als Gefahr für die Gesellschaft wahrgenommen, was wir scharf verurteilen!

◆ Hier in Mitteleuropa werden die kommunistischen Verbrechen oft mit dem Holocaust gleichgesetzt. Die Prague Declaration on European Conscience and Communism aus dem Jahre 2008 (siehe Box) forderte einen Gedenktag für „die Opfer des roten und des braunen Terrors“. Wo liegt für Sie der Unterschied zwischen den kommunistischen Verbrechen und dem Holocaust? Haben nicht beide Regime gleichermaßen Millionen von Toten auf dem Gewissen?

Es ist nun mal nicht „das Gleiche“. Wenn kommunistische und nationalsozialistische Verbrechen „gleich“ wären, dann wären kommunistische Verbrechen Genozide gewesen und das waren sie eben nicht. Es waren politische Morde. Natürlich müssen auch die kommunistischen Verbrecher aufgespürt und verurteilt werden. Dafür haben wir uns ja immer explizit ausgesprochen. Wir sagen ja nicht, dass die Verbrechen der Kommunisten nicht geahndet werden sollen. Wir wehren uns aber gegen die Aufhebung von historisch wichtigen Unterschieden. Den Vertretern der verallgemeinernden Totalitarismusthese geht es darum eine falsche Symmetrie zu schaffen. Ihnen ist wichtig, dass auch Juden an Verbrechen beteiligt waren, nämlich an denen, die kommunistische Regime zu verantworten haben. Ungeachtet der Tatsache natürlich, dass diese Personen ebenso wenig Juden waren, wie andere Verbrecher Katholiken oder Protestanten. Wenn also Juden innerhalb der kommunistischen Regime „die gleichen Verbrechen“ wie die Nazis begangen



Wiesenthal-Direktor Efraim Zuroff: „Grundsätzlich darf kein Verbrechen ungeahndet bleiben.“

haben, dann sind „alle“ schuldig, eben auch „die Juden“. Und wenn „alle“ schuldig sind, ist letztlich keiner mehr schuldig. Darum versuchen zum Beispiel die litauischen Behörden Mitglieder der jüdischen Gemeinde vor Gericht zu stellen, weil sie 1944 zu den Sowjets geflüchtet waren und sich den Partisanen angeschlossen hatten, um ihrer eigenen Tötung durch die Nazis zu entkommen. Das ist grotesk!

◆ Gibt es einen bestimmten Grund, weshalb man sich vor allem in Mitteleuropa davon fürchtet, Nazi-Kollaborateure anzuklagen?

Man muss unterscheiden zwischen der ost- und der westeuropäischen Kollaboration mit dem NS-Regime. Die westeuropäische Kollaboration endete an den Zugwagons. Das heißt die westeuropäischen Nazi-Kollaborateure halfen den Nazis beim Aufsuchen von Juden, bei der Enteignung, beim Einliefern dieser Menschen in die Transitcamps und dabei, die Betroffenen in die Züge zu stecken. In Osteuropa haben die lokalen Kollaborateure mit den Nazis zusammen die Vernichtung durchgeführt. Die einzigen, die nicht vollkommen kollaborierten, waren die Polen, weil die Nazis sie als Untermenschen betrachteten. Die aktive Teilnahme aller europä-

schen Nationen am Massenmord der Juden ist ein erschreckendes Phänomen, das insgesamt noch zu wenig Beachtung findet. Die Problematik der osteuropäischen Kollaboration nimmt man in Osteuropa seit der politischen Wende durchaus wahr und eben darum fürchtet man sich auch vor diesem Thema und man versucht es zu umgehen.

◆ Könnte es von Ihrer Seite so etwas wie eine Gegenerklärung zur Prague Declaration geben? Das wäre ein wichtiges Projekt für die Zukunft – ja! Ich arbeite sehr eng mit Professor Dovid Katz zusammen, der seine Stelle an der Vilnaer Universität verlor, weil er sich mutig für die Verteidigung der jüdischen Partisanen einsetzte, die als Kriegsverbrecher angeklagt wurden. Und zusammen versuchen wir in europäischen Hauptstädten dieser Prague Erklärung entgegenzutreten, wir wollen verhindern, dass diese Erklärung ihr Ziel erreicht. Dovid hat dafür zwei sehr gute Webseiten geschaffen. Eine davon ist www.DefendingHistory.com. Er arbeitet daran, dieser undifferenzierten Sichtweise etwas entgegenzusetzen und wir hoffen, dass wir mit der Zeit unsere Basis erweitern können.

ANAT KÁLMÁN

Die PRAGER ERKLÄRUNG ZUM GEWISSEN EUROPAS UND ZUM KOMMUNISMUS (engl. Prague Declaration on European Conscience and Communism) wurde am 3. Juni 2008 von vielen prominenten europäischen Politikern, ehemaligen politischen Häftlingen und Historikern unterzeichnet. Die Erklärung forderte die Verurteilung von kommunistischen Verbrechen und stellt diese Verbrechen dem Holocaust gleich. Beide Regime, so hieß es auf der Konferenz zu dieser Erklärung, waren „gleichermaßen große Verbrechen gegen die Menschheit“. Die Erklärung forderte die Ausrufung des 23. August als Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus. Der Gedenktag wurde am 2. April 2009 vom Europäischen Parlament ausgerufen.

www.praguedeclaration.org

Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Jugendarbeitslosigkeit „Die Jugendlichen wollen Sicherheit“

Trotz der anziehenden Konjunktur stellt die Arbeitslosigkeit in den meisten europäischen Ländern nach wie vor ein grundlegendes Problem dar. Besondere Aufmerksamkeit verdient hierbei die Jugendarbeitslosigkeit. Vergangene Woche Dienstag veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Budapest ein Forum der Veranstaltungsreihe „Sozialer Dialog“ unter dem Arbeitstitel „Eine verlorene Generation? – Ansätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa“, welche sich schwerpunktmäßig mit den Ländern Ungarn, Österreich und Deutschland auseinandersetzte.

Jugendarbeitslosigkeit ist ein Thema, das über Jahre hinweg leider konstant aktuell geblieben ist“, stellte Heinz Huthmacher, Leiter der FES-Niederlassung Budapest, fest. Untermauern lässt sich diese These mit folgenden Zahlen (Stand Juni 2011): Demnach sind in Ungarn zurzeit 27,1 Prozent aller jungen Bürger, die gegenwärtig keine Auszubildende oder kein Studium absolvieren, auf der Suche nach einem Job. In Österreich dagegen nur 8,7, in Deutschland lediglich 8,2. Der Durchschnitt in der gesamten Europäischen Union liegt bei 20,7 Prozent. Trauriger Spitzenreiter ist Spanien mit 44,8 Prozent, gefolgt von Griechenland mit 36,1.

Die Aussage dieser Zahlen ist eindeutig: Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit rund einem Fünftel in der EU

eindeutig viel zu hoch. Ganz besonders dann, wenn man sie mit den Gesamterwerbslosenquoten vergleicht. Diese ist mit 11,9 Prozent in Ungarn, 7,0 in Österreich sowie 6,9 in Deutschland jeweils bedeutend niedriger als jene bei den jungen Arbeitnehmern, wobei die Differenz hierzulande – knapp das Doppelte – am größten ist. Eine Tatsache, die durchaus besorgniserregend ist, denn „die Folgen von Jugendarbeitslosigkeit sind fatal“, wie Huthmacher erläuterte. Diese sei nicht nur ein langfristiges ökonomisches Problem, sondern erzeuge auch soziale Spannungen durch Perspektivlosigkeit, welche nicht selten in Gewalt mündeten. Die Unruhen in Paris 2005 sowie die aktuelle Lage in Griechenland sind nur zwei Beispiele dafür. Das Ausbleiben von Familiengründungen

wegen dem Fehlen der erforderlichen finanziellen Möglichkeiten verschärfe außerdem den demographischen Wandel.

Gesellschaftliche Abwertung körperlicher Arbeit

Annamária Artner von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften äußerte ihre Meinung zur Situation hierzulande. Ein großes Problem sieht sie in der gesellschaftlichen Abwertung von körperlicher Arbeit, weswegen unter anderem heute viele Jugendliche einen höheren Schulabschluss erlangen wollten. Obwohl besonders in den neuen EU-Ländern die Zahl der Hochschulabsolventen zugenommen hat, sieht Artner darin keine direkten Auswirkungen auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt. In der Folge forderte sie den Ausbau von einfachen Berufsbildungen, während sie die Entwicklung einer sogenannten „Ni-Ni“-Generation (fiz. weder noch - Red.) anprangerte. Diese Menschen seien weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch an einer tatsächlichen Ausbildung interessiert, sondern wollten ein-

fach nur nichts machen. „Auf der Straße herumsitzen“ setzte sie in diesem Zusammenhang sogar mit „in einer höheren Schule herumsitzen“ gleich. Den „Ni-Ni“-Prozentsatz bei den 19 bis 29-jährigen in Ungarn gab sie mit 31,5 Prozent an.

Hochschulbesuch als Mittel zur Chancenverbesserung

Der Knackpunkt ist allerdings, dass es sich hierbei um keine wissenschaftliche Größe handelt. Die Zahl selbst ist somit ebenso wie ihr Aussagegehalt äußerst streitbar. Die von Artner teilweise sehr vereinfacht dargestellten Kausalzusammenhänge riefen ebenso wie weitere unkonventionelle Thesen bei anderen Konferenzteilnehmern große Skepsis hervor. Veronika Szilágyi vom Jugendausschuss LIGA entgegnete: „Die Jugendlichen wollen Sicherheit“, deshalb versuchten sie sich eine möglichst günstige Ausgangsposition auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen. Ágnes Kunhalmi von der MSZP reflektierte zwar selbstkritisch, dass ihre Partei in den vergangenen Jahren die Förderung von handwerklichen und ähnlichen Ausbildungsmöglichkeiten zu sehr vernachlässigt hätte, der Ausbau der Hochschulbildung sei jedoch absolut positiv und zukunftsweisend. Um im Wettbewerb mit billigeren Pro-

duktionsländern in der Dritten Welt bestehen zu können, müsse man auf High-Tech-Industrien setzen, was wiederum hochqualifiziertes Personal erfordert.

Außerdem warnte Ignacio Hernandez als Vertreter einer spanischen Jugendorganisation und Mitglied im Europäischen Gewerkschaftsbund davor, junge Arbeitslose für ihr Schicksal selbst verantwortlich zu machen. Dies verschärfe nur die Spannungen, ohne Lösungsansätze zu schaffen. „Jugendliche wollen arbeiten, erst wenn sich ihnen nach einiger Zeit keine Perspektive bietet, schreiben sie sich selbst ab“, betonte auch Tilly Lex vom Deutschen Jugendinstitut. In ihrem Vortrag hatte sie zuvor bereits eine Ausrichtung am Leitmotiv „Fördern und Fordern“ angemahnt. Hannes Edlinger vom österreichischen Sozialministerium schlug in dieselbe Kerbe und erläuterte verschiedene Fördermaßnahmen seiner Regierung, mit Schwerpunkt auf den rund 15 Prozent (diese Quote ist in Deutschland sowie Österreich vergleichbar) aller Jugendlichen eines jeden Jahrganges, die nach Ablauf der Schulpflicht keine weiterführende Ausbildung absolvieren und damit zu Problemfällen zu werden drohen.

PETER SCHULD